

## **Epidemiologe Salathé will mehr Bundesräte – wegen gefühlter Personalknappheit**

Nächste Woche entscheidet der Ständerat über eine Aufstockung von sieben auf neun Bundesräte. Einer der vehementesten Befürworter ist der Epidemiologe Marcel Salathé.

Andri Rostetter

27.05.2022, 05.30 Uhr



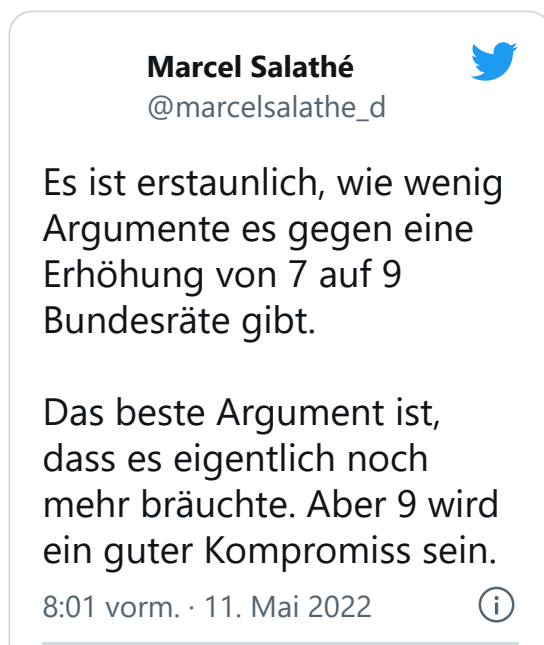
Marcel Salathé will eine «handlungsfähige, nachhaltige und wohlhabende Schweiz durch Wissenschaft und Technologie».

Peter Klaunzer / Keystone

Marcel Salathé wird seit bald zwei Jahren von einem Satz verfolgt: «Es sieht gerade wirklich, wirklich gut aus.» Das sagte der Epidemiologe nach dem ersten Corona-Sommer 2020. Dann kam der Herbst, und die Pandemie ging wirklich richtig los. Doch die fundamentale Fehlprognose hat weder Salathé noch dem Rest seiner Zukunft geschadet. Die

Epidemiologie, die einstige medizinische Randsportart, ist zur Renommierdisziplin aufgestiegen, das Epidemiologen-Interview wurde zur eigenen journalistischen Gattung.

Nun hat Marcel Salathé die Achillesferse der Eidgenossenschaft entdeckt: Es gibt zu wenig Magistraten. «9 statt 7 Bundesräte, eine wichtige und überfällige Reform, die auch einem dringend notwendigen Departement für Technologie den Weg öffnen würde», twitterte der Epidemiologe, der gleich mit zwei privaten Kanälen (einmal auf Englisch, einmal auf Deutsch) auf der Plattform präsent ist, vor zwei Wochen.



## Namen aus Politik und Pandemie

Mit der Pandemie haben die Epidemiologen Gefallen gefunden an der politischen Debatte, vielleicht auch ein bisschen an der medialen Dauerpräsenz. Anfang Jahr forderten Salathé und sein Kollege Christian Althaus «endlich» einen Krisenstab für die Schweiz. «Unser Anspruch

sollte aber nicht das Mittelfeld sein, sondern ein proaktives Krisenmanagement, um in Europa als positives Beispiel voranzugehen», sagte Salathé im Gespräch mit den Tamedia-Zeitungen.

Wenige Tage später verliess Salathé die Corona-Task-Force und gründete seinen eigenen Krisenstab. Für eine «handlungsfähige, nachhaltige und wohlhabende Schweiz durch Wissenschaft und Technologie» will die Lobbyvereinigung CH++ «Wissenschaft, Gesellschaft und Politik näher zusammenbringen». In der Runde sind Namen aus Politik und Pandemie versammelt, unter ihnen der Neurowissenschaftler Dominique de Quervain, die Wirtschaftswissenschaftlerin Dina Pomeranz, der «Narrativstrategie-Spezialist» Thomas Sevcik und der Operation-Libero-Gründer Nicola Forster.

Dass Salathé jetzt die gefühlte Personalknappheit der Landesregierung aufgreift, ist der Agenda geschuldet: In der kommenden Woche entscheidet der Ständerat über die parlamentarische Initiative der Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt, die 9 statt 7 Bundesräte fordert. «Im Sinne einer leistungsfähigen Regierung ist es in Zeiten von zunehmender Komplexität der politisch zu regelnden Bereiche und internationalen Verflechtungen ein Zeichen der Zeit, neun Bundesratsmitglieder zu haben», begründet Masshardt ihren Vorstoss.

Der Nationalrat hat sich im November letzten Jahres dafür ausgesprochen. Wieder einmal, muss man sagen. Das Ansinnen, den Bundesrat von 7 auf 9 Mitglieder aufzustocken, ist ein Evergreen unter der Bundeshauskuppel. Alle paar Jahre darf sich das Parlament mit einem solchen

Vorstoss befassen. Und alle paar Jahre wird der Umsturzversuch am Ende abgeblasen.

## Ein deutliches Nein der Kommission

Dass der Ständerat dieses Mal zustimmen wird, ist unwahrscheinlich. Die Staatspolitische Kommission hat den Vorstoss im April deutlich abgelehnt. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit würden mehr Bundesräte nicht weniger Probleme bedeuten, im Gegenteil: «Durch eine Vergrösserung der Behörde wird die strategische Führung des Landes nicht gestärkt. Die Entscheidungsfindung mit mehr Mitgliedern würde noch schwieriger.» Der zusätzliche Koordinationsbedarf würde nicht zu einer Entlastung der Magistraten führen, sondern zu einer Mehrbelastung.

Salathé wird darüber hinwegkommen. Auf dem Weg zur Vernetzung von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik warten weitere Projekte – zum Beispiel die «Entwicklung eines Parlamentarier:innen-Ratings für die nationalen Wahlen 2023», wie es auf der Homepage von CH++ heisst. «Wir wollen die eidgenössischen Wahlen im Jahr 2023 in Richtung einer wissenschaftlich fundierten Politikgestaltung und technologischer Kompetenz beeinflussen», steht daneben. Man darf gespannt sein, welcher Satz am Ende dieser Debatte hängenbleibt.